

Antrag 34/I/2022**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ein Gesetz für mehr Unternehmenstransparenz im digitalen Raum**

1 Digitalunternehmen, also Unternehmen wie Online-
 2 Plattformen oder Soziale Medien, wie sie im europäischen
 3 Gesetz über digitale Dienste definiert sind, unterliegen
 4 bisher nur wenigen Transparenzpflichten über ihre
 5 Arbeit. Aus diesem Grund fordern wir die sozialdemokra-
 6 tischen Mitglieder des Bundestages sowie die Mitglieder
 7 der S&D Fraktion des Europäischen Parlaments dazu
 8 auf, neue Berichtspflichten für Digitalunternehmen zu
 9 schaffen. Diese neuen Berichtspflichten sollen schon
 10 bestehende Berichtspflichten in der DSGVO oder den
 11 neuen europäischen Gesetzen über digitale Dienste und
 12 Märkte ergänzen und weiter ausbauen. Um insbeson-
 13 dere Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen
 14 nicht zusätzlich zu belasten, sollen diese von den neuen
 15 Regelungen ausgenommen werden.

Im Einzelnen fordern wir:

- 18 • Die europäische *Corporate Social Responsibility (CSR)*
 19 Richtlinie muss um die Herausforderungen der Di-
 20 gitalisierung ergänzt werden. Durch Aufnahmen
 21 von *Corporate Digital Responsibility (CDR)* - Krite-
 22 rien wollen wir für Digitalunternehmen neue Be-
 23 richtspflichten zu ihrer Arbeit im digitalen Raum
 24 schaffen. Diese neuen Berichtspflichten sollen sich
 25 an den schon bestehenden Nachhaltigkeitsberichts-
 26 pflichten orientieren. So sollen zukünftig mehr In-
 27 formationen über die Arbeit dieser Unternehmen
 28 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Di-
 29 gitalunternehmen sollten unter anderem darüber
 30 berichten, was sie für Verbraucherdaten sammeln,
 31 unter welchen Bedingungen ihre KI-Systeme funk-
 32 tionieren, wie divers ihre Entwicklungsteams sind
 33 oder welche Schulungsangebote sie zu diesen The-
 34 men für Mitarbeitende anbieten. Neben den Be-
 35 richten sollten Digitalunternehmen auch etwaige
 36 Daten zur Verfügung stellen, damit die Berichte
 37 durch externe und unabhängige Dritte verifiziert
 38 werden können. Sollten die Berichte Mängel der Un-
 39 ternehmen in Bezug auf die Einhaltung der Berichts-
 40 pflichten aufweisen, müssen diese zeitnah abge-
 41 stellt werden. Nicht einhalten der Berichtspflichten
 42 oder Nicht-Abstellung von Mängeln muss streng
 43 sanktioniert werden.
- 44 • Weiterhin müssen Digitalunternehmen interne Be-
 45 auftragte ernennen, die Externen als Ansprechper-
 46 son fungieren und die Berichtspflichten im Unter-
 47 nehmen durchsetzen und überwachen.
- 48 • Digitalunternehmen müssen darüber hinaus im Zu-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung FA VII (Konsens)**

LPT I-2022 - Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit-
 Der Fachausschuss VII hat den Antrag zusammen mit den
 Antragsteller*innen beraten und empfiehlt die **Annahme**
des Antrags in der geänderten Fassung: Der Landespartei-
tag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:**Ein Gesetz für mehr Unternehmenstransparenz im digita-
len Raum**

Digitalunternehmen, also Unternehmen wie Online-
 Plattformen oder Soziale Medien, wie sie im europäischen
 Gesetz über digitale Dienste definiert sind, unterliegen
 bisher nur wenigen Transparenzpflichten über ihre Arbeit.
 Aus diesem Grund fordern wir die sozialdemokratischen
 Mitglieder des Bundestages sowie die Mitglieder der S&D
 Fraktion des Europäischen Parlaments dazu auf, neue
 Berichtspflichten für Digitalunternehmen zu schaffen.
 Diese neuen Berichtspflichten sollen schon bestehende
 Berichtspflichten in der DSGVO oder den neuen euro-
 päischen Gesetzen über digitale Dienste und Märkte
 ergänzen und weiter ausbauen und die europäische
 Corporate Social Responsibility (CSR) Richtlinie erweitern.

Im Einzelnen fordern wir:

- Die europäische *Corporate Social Responsibility (CSR)*
 Richtlinie sollte um die Herausforderungen der Di-
 gitalisierung ergänzt werden. Durch Aufnahme von
 zusätzlichen *Corporate Digital Responsibility (CDR)*
 - Kriterien sollten für große Digitalunternehmen
 neue Berichtspflichten zu ihrer Arbeit im digitalen
 Raum geschaffen werden. Start-ups und kleinere
 sowie mittlere Unternehmen sind bereits von der
 CSR-Richtlinie ausgenommen, sodass für sie kein
 Mehraufwand entstehen würde. Die Berichtspflich-
 ten sollten sich dabei an den schon bestehenden
 Nachhaltigkeitsberichts-pflichten orientieren. Gro-
 ße Digitalunternehmen sollten insbesondere mehr Infor-
 mationen über den Umgang mit Daten der
 Öffentlichkeit zugänglich machen und so für mehr
 Transparenz gegenüber Verbraucher*innen sorgen.
 Dazu sollten sie unter anderem darüber berichten,
 was sie für Verbraucher*innendaten sammeln, wo-
 zu diese Daten eingesetzt werden, wie diese Daten
 gesichert werden und wie lange diese Daten gespei-
 chert bleiben.
- Darüber hinaus sollen Digitalunternehmen bereits

ge der neuen Regelung auch dazu verpflichtet werden, bei der Einführung und Entwicklung neuer digitaler Dienste und Produkte eine sogenannte Folgenabschätzung durchzuführen. In diesem Bericht sollten die Tragweite und mögliche entstehende Auswirkungen der neuen digitalen Dienste und Produkte auf die Gesellschaft analysiert werden. Die Folgenabschätzungen müssen öffentlich zugänglich und überprüfbar sein sowie Maßnahmen enthalten, wie potenzielle negative Auswirkungen neuer digitaler Dienste und Produkte vermindert werden können.

Begründung

Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar, dass Unternehmen eine große gesellschaftliche Verantwortung tragen. Dieser Verantwortung können Unternehmen aber nur gerecht werden, wenn sie auch transparent agieren und Informationen der Öffentlichkeit preisgeben. Nur so ist es Beobachtenden möglich, Rückschlüsse auf das Handeln von Unternehmen zu ziehen. So gibt es bisher zum Beispiel kaum öffentlich verfügbare Informationen über den genauen Aufbau von Lieferketten von Unternehmen. Oftmals werden Produkte und Dienstleistungen entlang der Lieferkette unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen produziert, der Schutz von Arbeitnehmenden nicht eingehalten oder Schadstoffe in Luft und Umwelt entladen. Unternehmen beuten dabei immer wieder Mensch und Umwelt für ihre Gewinne aus. Begünstigt wird dieses kapitalistische Verhalten, da kaum Transparenzpflichten für Unternehmen bestehen. So können diese im Verborgenen tun und lassen, was sie wollen, ohne groß Konsequenzen für ihr Handeln zu spüren. Die Europäische Kommission will sich dieser Problematik mit einer neuen sogenannten "Corporate Social Responsibility" (CSR) Richtlinie annehmen. CSR steht dabei für eine soziale Verantwortung, die Unternehmen in Bezug auf die Gesellschaft und Umwelt haben. Dabei geht es primär darum, dass große sowie kapitalmarktorientierte kleine und mittelständige Unternehmen in jährlichen CSR-Berichten über konkrete Maßnahmen berichten müssen, die sie ergreifen, um die europäischen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Dabei müssen auch eine Vielzahl von Informationen (z.B. Informationen über vorhandenes Intellektuelles, - Human-, Soziales und Beziehungskapital im Unternehmen, Informationen über die strategischen Nachhaltigkeitsziele des Unternehmens sowie Informationen über die unternehmerische Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens) der Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Dies soll auch der Politik ermöglichen, Maßnahmen einzuleiten, wenn Unternehmen nicht genug zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beitragen. Dieser Ansatz stellt zwar einen guten An-

im Rahmen der noch in Verhandlung befindlichen europäischen Verordnung zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz (KI) Berichte über die Funktion ihrer KI-Systeme anfertigen. Diese sollten im Rahmen der oben genannten Berichtspflichten unter Wahrung von Geschäftsgeheimnissen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

- Zusätzlich zu der Erfüllung der Berichtspflichten sollten große Digitalunternehmen auch etwaige Daten zur Verfügung stellen, damit die Berichte durch externe und unabhängige Dritte verifiziert werden können.
- Weiterhin sollten Digitalunternehmen interne Beauftragte ernennen, die Externen als Ansprechperson fungieren und die Berichtspflichten im Unternehmen durchsetzen und überwachen.

Begründung:

Für uns Sozialdemokrat*innen ist klar, dass Unternehmen eine große gesellschaftliche Verantwortung tragen. Dieser Verantwortung können Unternehmen aber nur gerecht werden, wenn sie auch transparent agieren und Informationen der Öffentlichkeit preisgeben. Nur so ist es Beobachtenden möglich, Rückschlüsse auf das Handeln von Unternehmen zu ziehen. So gibt es bisher zum Beispiel kaum öffentlich verfügbare Informationen über den genauen Aufbau von Lieferketten von Unternehmen. Oftmals werden Produkte und Dienstleistungen entlang der Lieferkette unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen produziert, der Schutz von Arbeitnehmenden nicht eingehalten oder Schadstoffe in Luft und Umwelt entladen. Unternehmen beuten dabei immer wieder Mensch und Umwelt für ihre Gewinne aus. Begünstigt wird dieses kapitalistische Verhalten, da kaum Transparenzpflichten für Unternehmen bestehen. So können diese im Verborgenen tun und lassen, was sie wollen, ohne groß Konsequenzen für ihr Handeln zu spüren. Die Europäische Kommission will sich dieser Problematik mit einer neuen sogenannten "Corporate Social Responsibility" (CSR) Richtlinie annehmen. CSR steht dabei für eine soziale Verantwortung, die Unternehmen in Bezug auf die Gesellschaft und Umwelt haben. Dabei geht es primär darum, dass große sowie kapitalmarktorientierte kleine und mittelständige Unternehmen in jährlichen CSR-Berichten über konkrete Maßnahmen berichten müssen, die sie ergreifen, um die europäischen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Dabei müssen auch eine Vielzahl von Informationen (z.B. Informationen über vorhandenes Intellektuelles, - Human-, Soziales und Beziehungskapital im Unternehmen, Informationen über die strategischen Nachhaltigkeitsziele des Unternehmens sowie Informationen über die unternehmerische Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens) der

fang dar, um gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen einzufordern und diese auch zu beobachten, doch zeigt sich insbesondere durch die Coronapandemie und die damit einhergehende schnell voranschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche, dass ein bloßer Blick auf die ökologisch-nachhaltige Transformation nicht ausreichend ist. Vielmehr stellt der auf Basis des Hyperkapitalismus betriebene digitale Wandel unsere Gesellschaft vor neue große Herausforderungen.

Die Digitalisierung stellt Gesellschaft und Unternehmen vor große Herausforderungen

So werden durch digital-agierende Unternehmen immer mehr persönliche Daten der Nutzenden gesammelt, ohne dass es effektive Möglichkeiten gibt, dies zu unterbinden. Auf Basis dieser Daten werden Persönlichkeits- und Emotionsprofile erstellt, um zielgerichtete Werbung anzuzeigen und dadurch die Nutzenden zu Käufen zu animieren. Datenschutz und Datensicherheit spielen dabei für die wenigsten Unternehmen eine wichtige Rolle, wie die immer öfter auftretenden Leaks von sensiblen Daten zeigen. Neben dem Einsatz von Daten im Rahmen von personenbezogener Werbung werden diese auch zur Entwicklung von neuen Systemen Künstlicher Intelligenz eingesetzt. Zwar bergen diese Systeme einige Vorteile für Unternehmen, aber auch hier können die sozialen Kosten sehr hoch sein. Zum Beispiel replizieren diese Systeme häufig diskriminierende und klassifizierende Verhaltensmuster. So zeigte die Kindergeld-Affäre in den Niederlanden eindrucksvoll, wie von der Verwaltung eingesetzte KI-Systeme Personen mit Migrationshintergrund systematisch diskriminierten und zu Unrecht Kindergeldrückzahlungsforderungen an diese Familien gestellt wurden. Ein anderes Beispiel aus Österreich zeigt, dass in der Verwaltung eingesetzte KI-Systeme auch nach Geschlecht diskriminieren. So hat ein Arbeitsmarktservice in Österreich das Geschlecht "weiblich" als eine negative Eigenschaft für den Arbeitsmarkt bewertet und weiblich gelesene Personen dadurch systematisch an Jobs mit geringeren Qualifikationsanforderungen verwiesen. Neben der öffentlichen Verwaltung sind es auch insbesondere intransparente KI-Systeme privater Unternehmen, die Schaden für die Gesellschaft verursachen, wie die Facebook Leaks Ende 2021 eindrucksvoll gezeigt haben. Digitale Dienste und Produkte haben aber nicht nur eine direkte diskriminierende Wirkung auf ihre Nutzenden, sondern schließen häufig auch schon Personen von vornherein durch fehlende Barrierefreiheit aus. Inklusion muss daher auch bei der Entwicklung von digitalen Diensten und Produkten von Beginn an mitgedacht werden. Weiterhin zeigt sich auch mit Blick auf andere Nachhaltigkeitsaspekte, dass KI-Systeme häufig nicht das Halten, was sie oftmals Versprechen. So steigt der Ressourcen- und Rohstoffverbrauch von neuen digita-

Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Dies soll auch der Politik ermöglichen, Maßnahmen einzuleiten, wenn Unternehmen nicht genug zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beitragen. Dieser Ansatz stellt zwar einen guten Anfang dar, um gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen einzufordern und diese auch zu beobachten, doch zeigt sich insbesondere durch die Coronapandemie und die damit einhergehende schnell voranschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche, dass ein bloßer Blick auf die ökologisch-nachhaltige Transformation nicht ausreichend ist. Vielmehr stellt der auf Basis des Hyperkapitalismus betriebene digitale Wandel unsere Gesellschaft vor neue große Herausforderungen.

Die Digitalisierung stellt Gesellschaft und Unternehmen vor große Herausforderungen

So werden durch Digitalunternehmen immer mehr persönliche Daten der Nutzenden gesammelt, ohne dass es effektive Möglichkeiten gibt, dies zu unterbinden. Auf Basis dieser Daten werden Persönlichkeits- und Emotionsprofile erstellt, um zielgerichtete Werbung anzuzeigen und dadurch die Nutzenden zu Käufen zu animieren. Datenschutz und Datensicherheit spielen dabei für die wenigsten Unternehmen eine wichtige Rolle, wie die immer öfter auftretenden Leaks von sensiblen Daten zeigen. Neben dem Einsatz von Daten im Rahmen von personenbezogener Werbung werden diese auch zur Entwicklung von neuen Systemen Künstlicher Intelligenz eingesetzt. Zwar bergen diese Systeme einige Vorteile für Unternehmen, aber auch hier können die sozialen Kosten sehr hoch sein. Zum Beispiel replizieren diese Systeme häufig diskriminierende und klassifizierende Verhaltensmuster. So zeigte die Kindergeld-Affäre in den Niederlanden eindrucksvoll, wie von der Verwaltung eingesetzte KI-Systeme Personen mit Migrationshintergrund systematisch diskriminierten und zu Unrecht Kindergeldrückzahlungsforderungen an diese Familien gestellt wurden. Ein anderes Beispiel aus Österreich zeigt, dass in der Verwaltung eingesetzte KI-Systeme auch nach Geschlecht diskriminieren. So hat ein Arbeitsmarktservice in Österreich das Geschlecht "weiblich" als eine negative Eigenschaft für den Arbeitsmarkt bewertet und weiblich gelesene Personen dadurch systematisch an Jobs mit geringeren Qualifikationsanforderungen verwiesen. Neben der öffentlichen Verwaltung sind es auch insbesondere intransparente KI-Systeme privater Unternehmen, die Schaden für die Gesellschaft verursachen, wie die Facebook Leaks Ende 2021 eindrucksvoll gezeigt haben. Digitale Dienste und Produkte haben aber nicht nur eine direkte diskriminierende Wirkung auf ihre Nutzenden, sondern schließen häufig auch schon Personen von vornherein durch fehlende Barrierefreiheit aus. Inklusion muss daher auch bei der Entwicklung von digitalen Diensten

155 len Systemen stetig immer weiter an. Auch kommt es bei
 156 der Entwicklung solcher Systeme häufig zum Einsatz von
 157 prekären Beschäftigungsverhältnissen, um zum Beispiel
 158 Datensätze zu kurieren oder Ergebnisse zu überprüfen. Ei-
 159 ne digitale und globale Arbeitswelt ermöglicht es Unter-
 160 nehmen, Arbeitskräfte für wenig Geld auf der ganzen Welt
 161 einzustellen. Da Unternehmen maßgeblich die Entwick-
 162 lung von immer neuen digitalen Diensten und Produkten
 163 vorantreiben, tragen sie hierbei auch eine entscheidende
 164 Verantwortung, ihre digitalen Dienste und Produkte im
 165 Sinne der Nutzenden zu entwickeln und negative Einflüs-
 166 se dieser zu vermeiden. Neben dieser gesellschaftlichen
 167 Verantwortung tragen Unternehmen auch eine Verant-
 168 wortung ihren eigenen Mitarbeitenden gegenüber. Die-
 169 se müssen auf die Herausforderungen der voranschrei-
 170 tenden Digitalisierung vorbereitet werden. Zum Beispiel
 171 bedarf es Schulungsangebote, um neue digitale Fähigkei-
 172 ten zu erlernen. Auch müssen Mitarbeitende für die ent-
 173 stehenden sozialen Auswirkungen von neuen digitalen
 174 Diensten und Produkten sensibilisiert werden, um poten-
 175 ziell negative Auswirkungen schon in der Entwicklungs-
 176 phase frühzeitig zu erkennen. Weiterhin müssen Arbeit-
 177 gebende darauf achten, dass Diversität eine gelebte Praxis
 178 im Unternehmen darstellt. Nur so können neue Technolo-
 179 gien darauf trainiert werden, bestehende diskriminieren-
 180 de Verhaltensmuster zu erkennen und diesen entgegen-
 181 zuwirken.

183 Es braucht Transparenz und Verantwortungsübernahme 184 durch Unternehmen

185 Es zeigt sich, dass die Herausforderungen, die die Digita-
 186 lisierung mit sich bringt, sehr weitreichend sind. Viel zu
 187 lange haben sich Unternehmen im digitalen Raum unge-
 188 stört austoben können. Damit muss jetzt endlich Schluss
 189 sein! Neben einer sozialen Unternehmensverantwortung
 190 im analogen Raum bedarf es viel mehr auch einer Ver-
 191 antwortungsübernahme des eigenen unternehmerischen
 192 Handelns in Bezug auf die Digitalisierung. Dieses auch
 193 als "Corporate Digital Responsibility" (CDR) benannte Ver-
 194 halten von Unternehmen stellt eine Erweiterung der CSR
 195 eines Unternehmens auf die digitale Welt dar. Genauso
 196 wie bei CSR steht auch bei CDR Transparenz im Vorder-
 197 grund. Unternehmen, die sich eine CDR-Strategie geben,
 198 verpflichten sich, Maßnahmen umzusetzen, um die Her-
 199 ausforderungen des digitalen Wandels anzugehen und di-
 200 gitale Dienste und Produkte im Sinne der Gesellschaft zu
 201 entwickeln. Bedauerlicherweise gibt es im Gegenzug zu
 202 der CSR Richtlinie der europäischen Kommission noch kei-
 203 ne gesetzlichen Vorgaben für CDR. Somit ist es den Unter-
 204 nehmen selbst überlassen, ob sie besonders verantwor-
 205 tungsvoll im digitalen Raum agieren oder nicht. Gerade
 206 aber bei den skizzierten Herausforderungen, die durch die
 207 Digitalisierung für unsere Gesellschaft entstehen, bedarf

und Produkten von Beginn an mitgedacht werden. Weiter-
 hin zeigt sich auch mit Blick auf andere Nachhaltigkeits-
 aspekten, dass KI-Systeme häufig nicht das Halten, was sie
 oftmals Versprechen. So steigt der Ressourcen- und Roh-
 stoffverbrauch von neuen digitalen Systemen stetig im-
 mer weiter an. Auch kommt es bei der Entwicklung sol-
 cher Systeme häufig zum Einsatz von prekären Beschäf-
 tigungsverhältnissen, um zum Beispiel Datensätze zu ku-
 rieren oder Ergebnisse zu überprüfen. Eine digitale und
 globale Arbeitswelt ermöglicht es Unternehmen, Arbeits-
 kräfte für wenig Geld auf der ganzen Welt einzustellen.
 Da Unternehmen maßgeblich die Entwicklung von im-
 mer neuen digitalen Diensten und Produkten vorantrei-
 ben, tragen sie hierbei auch eine entscheidende Verant-
 wortung, ihre digitalen Dienste und Produkte im Sinne
 der Nutzenden zu entwickeln und negative Einflüsse die-
 ser zu vermeiden. Neben dieser gesellschaftlichen Verant-
 wortung tragen Unternehmen auch eine Verantwortung
 ihren eigenen Mitarbeitenden gegenüber. Diese müssen
 auf die Herausforderungen der voranschreitenden Digita-
 lisierung vorbereitet werden. Zum Beispiel bedarf es Schu-
 lungsangebote, um neue digitale Fähigkeiten zu erlernen.
 Auch müssen Mitarbeitende für die entstehenden sozia-
 len Auswirkungen von neuen digitalen Diensten und Pro-
 dukten sensibilisiert werden, um potenziell negative Aus-
 wirkungen schon in der Entwicklungsphase frühzeitig zu
 erkennen. Weiterhin müssen Arbeitgebende darauf ach-
 ten, dass Diversität eine gelebte Praxis im Unternehmen
 darstellt. Nur so können neue Technologien darauf trai-
 niert werden, bestehende diskriminierende Verhaltens-
 muster zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.

Es braucht Transparenz und Verantwortungsübernahme durch Unternehmen

Es zeigt sich, dass die Herausforderungen, die die Digita-
 lisierung mit sich bringt, sehr weitreichend sind. Viel zu
 lange haben sich Unternehmen im digitalen Raum unge-
 stört austoben können. Damit muss jetzt endlich Schluss
 sein! Neben einer sozialen Unternehmensverantwortung
 im analogen Raum bedarf es viel mehr auch einer Ver-
 antwortungsübernahme des eigenen unternehmerischen
 Handelns in Bezug auf die Digitalisierung. Dieses auch
 als "Corporate Digital Responsibility" (CDR) benannte Ver-
 halten von Unternehmen stellt eine Erweiterung der CSR
 eines Unternehmens auf die digitale Welt dar. Genauso
 wie bei CSR steht auch bei CDR Transparenz im Vorder-
 grund. Unternehmen, die sich eine CDR-Strategie geben,
 verpflichten sich, Maßnahmen umzusetzen, um die Her-
 ausforderungen des digitalen Wandels anzugehen und di-
 gitale Dienste und Produkte im Sinne der Gesellschaft zu
 entwickeln. Bedauerlicherweise gibt es im Gegenzug zu
 der CSR Richtlinie der europäischen Kommission noch kei-

208 es strengen gesetzlichen Vorgaben für Unternehmen.
209
210
211
212
213

ne gesetzlichen Vorgaben für CDR. Somit ist es den Unternehmen selbst überlassen, ob sie besonders verantwortungsvoll im digitalen Raum agieren oder nicht. Gerade aber bei den skizzierten Herausforderungen, die durch die Digitalisierung für unsere Gesellschaft entstehen, bedarf es strengen gesetzlichen Vorgaben für Unternehmen.